

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

S. XXIV/142

Bonn, den 30. Juli 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 4	<u>Worauf der Arbeitnehmer achten muß</u> Licht- und Schattenseiten der Großen Koalition Von Otto Brenner, Vorsitzender der Industriegewerkschaft Metall	165
4 a	<u>Nur die SPD ...</u> Erkenntnisse eines Betriebsratsvorsitzender	31
5 - 5a	<u>B E L G R A D - B O N N</u> Nach dem Treffen der Außenminister Von Bozidar Dikić, Korrespondent der POLITIKA in Bonn	55
6	<u>Das Metaphysische in Dr. Heck</u> Von Jochen Schulz, Sprecher des Vorstandes der SPD	41
7	<u>Ein Wegbereiter</u> Weihbischof Heinrich Tenhumberg verläßt Bonn Von Dr. Heinz Kornetzki	45

Worauf der Arbeitnehmer achten muß

Licht- und Schattenseiten der Großen Koalition

Von Otto Brenner,

Vorsitzender der Industriegewerkschaft Metall

Die Gewerkschaften sind es gewohnt, die Parteien nicht nach ihren Programmen und Erklärungen einzuschätzen, sondern nach ihrer praktischen Tätigkeit im Parlament. Deshalb liegt es nahe, am Ende der Fünften Legislaturperiode eine Bilanz der Großen Koalition zu ziehen, wenigstens in denjenigen Fragen, die die Arbeitnehmer und die Gewerkschaften besonders angehen.

Die wirtschaftliche Entwicklung führte aus der Talsohle der Rezession im Jahre 1966 auf den Berggipfel der Hochkonjunktur. Das Erbe der Regierung Erhard waren Massenentlassungen, Verdiensteinbußen, Kurzarbeit. Heute erleben wir wirtschaftliche Höchstleistungen und einen Grad der Vollbeschäftigung wie nie zuvor. Dieser Umschwung ist das Ergebnis einer planvollen Wirtschaftspolitik, für die Bundeswirtschaftsminister **Schill** verantwortlich zeichnet. Ihm dafür Anerkennung auszusprechen, wird umso notwendiger, je näher wir an die Bundestagswahlen herankommen. Wir Gewerkschaftler können diesen Erfolg besonders gut werten, denn die Situation des einzelnen am Arbeitsplatz wie auch die gewerkschaftlichen Erfolgsaussichten werden von der allgemeinen Konjunktur entscheidend bestimmt.

Gleichzeitig war und ist die Wirtschaftspolitik der Großen Koalition jedoch durchwachsen von großen Zugeständnissen an Unternehmer und Mittelstand. Ich spreche nicht einmal von den Konjunkturgewinnen. Ich meine vielmehr die außerordentlich einseitige, unsymmetrische Finanzpolitik dieser Regierung bzw. ihres Finanzministers **Franz-Josef Strauß**.

Die Gewinne sind nicht nur außerordentlich gestiegen, sie wurden auch noch steuerlich entlastet, während die Arbeitnehmer einen wachsenden Berg öffentlicher Lasten zu tragen haben. Diese Entwicklung war im Keime schon in der mittelfristigen Finanzplanung von Ende 1967 angelegt. Unsere Gegenforderungen, etwa eine Erhöhung des Steuerfreibetrages für Arbeitnehmer, sind bis heute unberücksichtigt geblieben. Befürchtet man vielleicht, eine Lohnstuersenkung würde die Konjunktur noch mehr anheizen? Welche Wirkungen haben dann wohl die kürzlich beschlossenen Prämien für Investitionen in strukturschwachen Gebieten und für Forschungszwecke? Wenn etwas überdreht ist, dann die Nachfrage nach Investitionen und nicht nach Konsumgütern, von Einzelmärkten vielleicht abgesehen.

Subventionen für Unternehmen werden mit strukturpolitischen Zielen begründet. Zählt aber nicht eine gerechte Verteilung der öffentlichen Lasten auch zur Strukturpolitik im weitesten Sinne? So positiv die

Öffentlichen Haushalte konjunkturpolitisch gehandhabt wurden, so negativ lautet das Urteil über die Auswirkungen bei den Einkommen. Wir verfolgen die weitere Entwicklung der sogenannten Finanzreform und der Steuerreformbestrebungen sehr aufmerksam.

So viel sei jetzt schon gesagt: Die Angleichung der Steuersysteme und Steuersätze in der EWG in den siebziger Jahren darf nicht zu einer Gewichtsverlagerung auf die verbraucherfeindliche Mehrwertsteuer führen. Bei einer weiteren Angleichung innerhalb der EWG würde sich die Mehrwertsteuer in der Bundesrepublik von gegenwärtig 11 auf 15 % erhöhen. Das geschieht zwar nicht von heute auf morgen, aber wir müssen es für unsere Tarifpolitik in Zukunft berücksichtigen.

Keinen wesentlichen Schritt hat diese Regierung in der Kontrolle wirtschaftlicher Macht unternommen. Eine anhaltend hohe Welle von Kooperationsabsprachen, Kapitalverbindungen, Übernahmen und Fusionen geht über die Wirtschaft der Bundesrepublik und über die gesamte westliche Welt hinweg. Durch das Steuerumwandlungsgesetz werden solche Vorgänge in der Bundesrepublik auch noch steuerlich begünstigt.

Gewiß, es ist schwer, zu entscheiden, ob ein Konzentrationsvorgang im Endeffekt mehr Vor- als Nachteile hat. Generell kann man das wohl gar nicht entscheiden. Es muß uns aber beunruhigen, daß die Entscheidung über Kapitalzusammenschlüsse den Kapitaleignern allein überlassen bleibt. Nicht einmal der Aufsichtsrat kann dabei mitsprechen. Der DGB hat eine vorbeugende öffentliche Kontrolle dieser Konzentrationsvorgänge gefordert. Das Bundeskartellamt unterstützt diese Forderung. Der Gesetzgeber aber hat nicht einmal die Möglichkeit wahrgenommen, überwiegend schädlichen Konzentrationen wenigstens die steuerliche Förderung zu versagen. Daß die bestehenden Mitbestimmungsrechte nicht eingeschränkt werden dürfen, ist immerhin ein Teilerfolg auch unserer Gewerkschaftskollegen im Bundestag. Außerdem müssen alle großen Unternehmen, gleich welcher Rechtsform, ein Mindestmaß an Zahlen publizieren. Ein Vorstoß des Bundeswirtschaftsministers, wenigstens dem Kartellamt mehr Möglichkeiten zu geben, das Marktverhalten der Großen zu kontrollieren, scheiterte am Widerstand der Industrie.

Einen bedeutenden Fortschritt stellt sicherlich die arbeitsrechtliche Regelung der Lohnfortzahlung trotz ihrer Unzulänglichkeiten in einigen Punkten dar. Verbessert wurde der Kündigungsschutz und die Sparförderung, wenn auch eine große Lösung der Vermögensbildung noch immer aussteht. Dagegen blieb die Berufsausbildung von einer befriedigenden Regelung weit entfernt und die Ausdehnung der paritätischen Mitbestimmung fand gar nicht statt. Die von der SPD verdienstvollerweise eingebrachten Gesetzentwürfe kamen über eine erste Beratung nicht hinaus, weil CDU und CSU zu einer konstruktiven Lösung nicht bereit waren.

In diesem Zusammenhang sei eine kritische Bemerkung angebracht. Selbstverständlich haben wir nicht erwartet, daß die SPD ihre Vorstellungen zur Mitbestimmung von den Gewerkschaften "abschreibt", wie Helmut Schmidt einmal gesagt hat. In einem Punkt jedoch legen wir großen Wert darauf, zu einer Übereinstimmung mit der SPD zu kommen; und die Notwendigkeit, die Mitbestimmungsentwürfe im neuen Bundestag erneut einzubringen, wird uns hoffentlich Zeit und Gelegenheit zu klärenden Gesprächen geben.

Das bezieht sich auf § 56 a in dem Entwurf zur Neuregelung des Betriebsverfassungsgesetzes. Dort ist vorgesehen, daß der Betriebsrat Arbeitsgruppen bilden kann, und daß durch Tarifvertrag Arbeitsgruppen-sprecher, Vertrauensleute oder ähnliche Einrichtungen eingeführt werden können. Diesen Vorschlag, neben Vertrauensleuten noch Arbeitsgruppen-sprecher und andere Organe zu schaffen, halten wir für bedenklich, weil er nach unserer Auffassung die Bewegungsfreiheit der gewerkschaftlichen Vertretung im Betrieb beeinträchtigen würde. Es ist gerade der Sinn der gewerkschaftlichen Vertrauensleute, nicht, wie der Betriebsrat, als gesetzliche Einrichtung Aufgaben im Interesse des Unternehmens zu erfüllen, sondern u n a b h ä n g i g von den einschränkenden Verpflichtungen des Betriebsverfassungsgesetzes tätig werden zu können. Deshalb wollen wir an die Stelle eines gesetzlichen Schutzes von Vertrauens- und Verbindungsleuten im Rahmen des Betriebsverfassungsgesetzes einen tarifvertraglichen Schutz der gewerkschaftlichen Vertrauensleute setzen. Wir zweifeln nicht daran, daß die SPD mit ihrem Vorschlag gewerkschaftlichen Wünschen zu entsprechen glaubte, aber gerade weil dadurch gesetzliche Schwierigkeiten entstehen, müssen wir über diese Frage weiter diskutieren.

Völlig negativ war das Verhalten der Regierungsmehrheit in der Frage der DM-Aufwertung, die entgegen den Vorstellungen und Warnungen des sozialdemokratischen Wirtschaftsministers Schiller abgelehnt wurde. Dadurch setzte sich die Regierung selbst außer Stand, die Wirtschaft auf den Weg zu steuern, der durch das Stabilitätsgesetz vorgeschrieben ist. Gewiß, Bund und Länder legen Steuereinnahmen still, die Bundesbank erhöht die Kreditzinsen - womit sie übrigens die weltweite Verteuerung des Kredits nur noch fördert, aber was im einzelnen auch geschieht, ohne eine Absicherung nach außen durch Neufestsetzung der Wechselkurse folgt die westdeutsche Wirtschaft bis auf weiteres dem internationalen Preisauftrieb. Solange die Konkurrenzüberlegenheit der westdeutschen Industrie fort dauert, werden auch große Exportüberschüsse entstehen. Die Überschußdevisen aber müssen im Ausland angelegt werden. Dadurch ist die Bundesrepublik zum größten Kapitalexporthauer der Welt geworden.

Nicht ganz zu Unrecht, wenn auch mit einiger Übertreibung, spricht man im Ausland bereits von einem "DM-Imperialismus". Den Unternehmern eröffnen sich neue Chancen der Vermögensbildung auf Kosten des Massenkonsums im Inland. Die Bevölkerung wird gewissermaßen gezwungen, u n t e r ihren Verhältnissen zu leben. Große Exportüberschüsse und hoher Anteil der Arbeitnehmer am Volkseinkommen schließen sich also

bis zu einem gewissen Grade gegenseitig aus. Wenn in dieser Situation Finanzminister Strauß noch für eine steuerliche Begünstigung des Kapitals eintritt, so wird seine Stellung im Kampf der Interessen vollends deutlich. Man kann nur hoffen, daß das Spiel, entweder dem Bundeswirtschaftsminister oder den Gewerkschafter die Verantwortung für die unvermeidlichen Preissteigerungen zuzuschreiben, von der Öffentlichkeit durchschaut wird.

\* \* \*

Schließlich möchte ich zur Bewertung der Parteien noch darauf hinweisen, daß es die CDU-Fraktion war, die den von der SPD eingebrachten und auf Vorschläge der IG Metall zurückgehenden Gesetzesentwurf zur Bildung einer Deutschen Kommission für technischen und strukturellen Wandel zu Fall gebracht hat. Besonders befremdend war die Ablehnung seitens der Gruppe der christlich-sozialen Arbeitnehmer in der CDU. Sie haben damit einmal mehr gezeigt, daß die Gewerkschaften nicht auf sie rechnen können, wenn es gilt, nicht nur Deklamationen loszulassen, sondern Gesetze zu machen.

\* \* \*

Am Ende einer solchen Betrachtung fällt es dem Gewerkschafter nicht schwer festzustellen, welche Partei mehr und welche weniger für die Interessen der Arbeitnehmer getan hat. An Wahlplattformen, Versprechungen und wohlklingenden Bekenntnissen der Parteien fehlt es nicht. Aber davon können sich die Gewerkschafter nicht leiten lassen. Als sozialdemokratischer Gewerkschafter hoffe ich, daß die Arbeitnehmer in der Bundesrepublik nicht einer demagogischen Propaganda zum Opfer fallen, sondern abwägen, was die Parteien für sie getan haben. Was wir von den Parteien erwarten, das sind klare Alternativen. Das ist eine Politik, die es dem Wähler ermöglicht, eine wirkliche Entscheidung zu treffen und im September eine sichere Mehrheit für eine Regierung der sozialen Reformer und des sozialen Fortschritts zu schaffen. Es nutzt gar nichts darüber zu lamentieren, was alles versäumt wurde, wenn man nicht bereit ist, durch richtige Wahlentscheidungen für eine bessere Regierung zu sorgen. Wenn die Wähler am 28. September diese Tatsache beherzigen, dann müßte sich die Waagschale zugunsten der SPD neigen.

+ + +

Nur die SPD ...  
-----

### Erkenntnisse eines Betriebsratsvorsitzenden

- \* Anton Böhm, Betriebsratsvorsitzender der Luther-Werke in Mainz,
- \* der vor einiger Zeit nach langjähriger Mitgliedschaft aus der SPD
- \* ausgetreten und der "Aktion Demokratischer Fortschritt" beigetreten
- \* war, hat seine Entscheidung mit nachstehender Erklärung rückgängig
- \* gemacht:

"Ich erkläre hiermit als Betriebsratsvorsitzender der Luther-Werke in Mainz meinen Austritt aus der Aktion Demokratischer Fortschritt (ADF) und nehme damit auch meine Kandidatur zur Bundestagswahl für die ADF zurück. Ich erkläre ferner, daß diese Entscheidung aus eigener Überzeugung und Erkenntnis erfolgt. Ich möchte mich weiterhin politisch betätigen und möglichst bald auch wieder Mitglied der SPD sein.

Die nüchterne Beurteilung der Möglichkeiten zeigt, daß nur die SPD eine wirksame Politik für die Interessen der Arbeitnehmer machen kann. Sicher könnte man und wird man auch zukünftig der einen oder anderen politischen Entscheidung der SPD kritisch gegenüberstehen. Auch ich gehörte zu den Kritikern mancher solcher Entscheidungen. Andererseits ist die SPD aber auch die einzige Partei, die gemeinsam mit den Gewerkschaften die notwendigen gesellschaftlichen Reformen anstrebt und letztlich auch durchsetzen kann.

Dafür braucht die SPD allerdings eine Mehrheit in den Parlamenten. Eine Zersplitterung der wirklich fortschrittlichen Kräfte, wie sie offenbar auch die ADF bewirken will, schadet auf dem Weg zu notwendigen Reformen und nutzt nur den konservativen Bestrebungen in anderen Parteien. Daß hier auch die rechtsradikale NPD profitieren würde, liegt auf der Hand.

Ich habe meine Entscheidung getroffen und würde es begrüßen, wenn sie auch für andere zum Maßstab ihres Verhaltens werden könnte. Wer es wirklich ernst meint, wird meine Haltung respektieren können und Verständnis dafür haben, daß ich meine Kraft der politischen Partei verschreibe, der ich lange Jahre angehörte und die letztlich doch die beste Alternative zu den anderen politischen Kräften ist."

+ + +

B E L G R A D . - B O N N

Nach dem Treffen der Außenminister

Von Božidar Dikić,  
Korrespondent der POLITIKA in Bonn

Ein solches Ereignis - wenn ein jugoslawischer Außenminister zum ersten Mal die Bundesrepublik Deutschland besucht - hat natürlicherweise primär eine bilaterale und erst dann auch eine internationale Bedeutung. Eines vom anderen ist aber schwer zu trennen und deswegen haben sich Mirko Tepavac und Willy Brandt nicht nur auf solche Themen beschränken können, an denen beide Länder am stärksten interessiert sind.

Politik und Haltung gegenüber Jugoslawien gilt als ein Barometer, an dem viele europäische und außereuropäische Völker ablesen können, in welche Richtung die Wandlungen zwischen Hamburg und Bodensee, die Entwicklung in der BRD geht, in welchem Maße die Deutschen das Vertrauen der Außenwelt zu rechtfertigen wissen, in welcher Weise es der BRD gelingt, sich aus dem engen Rahmen der Blockteilungen und Unterordnungen zu erheben und eigene Interessen in Einklang zu bringen nicht nur mit den Interessen der Großen, sondern auch der sogenannten mittleren und kleinen Mächte und Partner.

Die Haltung gegenüber Belgrad ist ein Teil der "Ostpolitik", obwohl Jugoslawien der Ost-Gemeinschaft nicht angehört. Dadurch, das Bonn eine Sprache der Verständigung mit Tepavac und der jugoslawischen Regierung sucht, bekommt man zwar keinen automatischen Schlüssel für die Türen an Weichsel, Moldau oder gar in Kiew, aber damit wird erreicht, daß die anderen sozialistischen Staaten, die - auch wenn sie den jugoslawischen Erfolgen nicht gleich laut Beifall spenden, auch, wenn sie die Koexistenz durch die "Ost-Brille" schauen - beginnen realistischer und weniger dogmatisch als bisher die Entwicklung in der BRD zu beurteilen und mit mehr Vertrauen deutsche Absichten und Bedürfnisse nach Aussöhnung und Koexistenz mit allen Nachbarn und europäischen Partnern zu beobachten wissen. Auf ähnliche Weise gilt es auch für viele arabische, afrikanische und asiatische Staaten, die, jahrelang mit Jugoslawien befreundet, auf weniger vertrautem Boden wie die Deutschen, den Partner danach schätzen, wieviel er "ein Freund meines

Freundes" ist.

Diese Aspekte erinnern daran, daß die Gespräche Brandt-Tepavac viel mehr aufmerksame Beobachter hatten, als es vom Bonner Ufer aus sichtbar schien. Natürlich ist Tepavac nicht wegen der anderen in Bonn gewesen; dazu sind die bilateralen Fragen zahlreich und aktuell genug. Jugoslawiens Außenminister ist nach Bonn gekommen, obwohl die Stunde nicht ganz geeignet schien. Er hat Bonn besucht, weil er sehen konnte, wieviel Interesse für die Regelung der aktuellen Fragen auf deutscher Seite besteht.

Wer auf gewisse Lösungen bereits seit einem Vierteljahrhundert wartet, wird auch erfahren genug sein, um beurteilen zu können, ob die Bedingungen für Verständigung schon reif sind. Willy Brandt gehört zu jenen deutschen Politikern, die sich darum verdient gemacht haben, daß Belgrad jetzt, beginnend seit seinem Juni-Besuch, die positiven und konstruktiven Bemühungen in der Außenpolitik der BRD feststellen konnte. Daraus ist jenes Entgegenkommen hervorgegangen, womit Tepavac - trotz mancher "unfreundlicher Episoden", mit den Gewalttaten der Exil-Terroristen und mit deren Klassifizierung gebunden - sehr großes Verständnis für die Standpunkte des Partners zeigen konnte.

Laut und deutlich genug ist gesagt worden, worin die Schwierigkeiten noch liegen, welche offenen Fragen noch bleiben. Es sind dies das Außenhandelsdefizit, die Sicherheit und der Schutz der jugoslawischen Gastarbeiter vor Ustascha-Terroristen, energische Bekämpfung der anti-jugoslawischen Tätigkeit in der BRD und die Frage der Wiedergutmachung.

Es war nicht leicht, über so komplizierte Fragen zu reden, auch sind keine Lösungen über Nacht gefunden worden. Aber mit dem guten Willen der Partner sind die Bedingungen besser geworden, um die Lösungen erfolgreicher als bisher zu suchen und möglichst bald finden zu können.

Für die jugoslawische Öffentlichkeit, die durch die jüngsten unangenehmen Zwischenfälle zur großen Skepsis gezwungen war, ist der entscheidende Maßstab, wie die versprochenen und besprochenen Schritte verwirklicht werden. Die Hitze des beginnenden Wahlkampfes und die Wochen danach sollten kein Grund sein, den Partner allzu lange warten zu lassen, gerade jenen Partner, der selbst manchen eigenen Standpunkt zu Hause gepflegt hat, um den Dialog mit Bonn zu erleichtern.

## Das Metaphysische in Dr. Heck

---

Von Jochen Schulz,  
Sprecher des Vorstandes der SPD

Herr Dr. Heck hat sich heute im "Deutschland-Union-Dienst" mit einer Bemerkung des SPD-Vorsitzenden Willy Brandt auseinandergesetzt, nach der für die SPD die Demokratie das grundsätzliche Prinzip des ganzen gesellschaftlichen Lebens bedeutet. Der Generalsekretär der CDU nimmt diese Bemerkung zum Anlaß für metaphysische Betrachtungen über die Unterschiede zwischen der SPD und der CDU. Seine Überlegungen, so verschwommen sie auch sind, gipfeln in einigen unsachlichen und unfairen Schlußfolgerungen.

Heck pickt einen uralten Slogan aus der Weimarer Zeit heraus und meint, die Forderung nach Sozialisierung werde unter dem Stichwort "Demokratisierung" das Leitmotiv für Aktionen und Agitationen "der Linken". Scheinheilig meint er, er wolle die Sozialdemokraten und die sogenannte Außerparlamentarische Opposition nicht in einen Topf werfen - aber, aber, da sei doch die Stelle der Nabelschnur erkennbar, die die Ursprünge der APO mit der SPD verbinde...

Da wären wir also, wo uns Herr Heck haben will: Die SPD soll mit der APO identifiziert werden. Auch wenn man beteuert, man wolle beide nicht in einen Topf werfen, so wird doch schon etwas hängen bleiben. Dabei weiß Herr Heck, daß die APO bekanntermaßen ihren Hauptfeind in der SPD sieht. Warum wohl? Es ist sicherlich schwer für einen CDU-Politiker, sozialdemokratischen Gedankengängen zu folgen - aber daß die SPD wegen ihren bedingungslosen Bekenntnisses zur sozialen Demokratie die Zielscheibe Nummer eins für die APC ist, das sollte doch auch er mitbekommen haben.

Die sozialdemokratische Forderung nach mehr Demokratie im gesellschaftlichen Leben analysiert Heck mit der Bemerkung, das laufe letzten Ende darauf hinaus, "den Menschen über die sogenannte Demokratisierung zu sozialisieren". - Diesen Satz sollte man zweimal lesen! Heck stellt dann die Frage, ob wir Sozialdemokraten nur von Demokratisierung sprechen, weil das edel klinge, und weil der Begriff "Sozialisierung" schrecken könnte.

Da haben wir's! Herr Heck möchte der Öffentlichkeit noch einmal - zum wievielten Male vor Wahlen eigentlich? - das Märchen von den ballonbemützten Sozis auf-tischen, die auf nichts anderes erpicht seien, als dem Bürger sein Eigentum bis zur Hundehütte durch "Sozialisierung" wegzunehmen.

Das ist es, was eingangs mit "unfair" noch sehr höflich unschrieben worden ist. Der Generalsekretär des Koalitionspartners der SPD und zeitweilige Bundesminister - ausgerechnet für Familienangelegenheiten - weiß ganz genau, daß er damit die schlichte Unwahrheit zu verbreiten sucht. Das ist das Metaphysische in Dr. Heck.

+ + +

Ein Wegbereiter

Weihbischof Heinrich Tenhumberg verläßt Bonn

Von Dr. Heinz Kornetzki

Drei Jahre leitete Heinrich Tenhumberg als Weihbischof das Bonner "Katholische Büro". Jetzt hat ihn das Domkapitel in Münster aus der Dreierliste des Papstes zum Bischof gewählt. Mitte September wird der Beauftragte der deutschen Bischofskonferenz bei der Bundesregierung Bonn verlassen und offiziell neuer Bischof von Münster sein. Wer die Nachfolge des 54 Jahre alten Bischofs in Bonn antritt, ist bis zur Stunde nicht entschieden, jedoch dürfte Tenhumbergs Wirken in einer Phase des Umbruchs im Selbstverständnis der Kirche Maßstäbe gesetzt haben, die auch den kommenden Mann des Episkopats im Grenzgebiet von Kirche und Staat binden.

Tenhumberg, der aus dem konservativen Münsterland stammt, gehört zu den führenden Amtsträgern seiner Kirche, die die johanneische Wende im Denken über die konkrete Welt in ihren Wirkungskreis projizierten, ohne eine der widerstreitenden Gruppen zu verprellen. Auf Ausgleich bedacht, war er weder ein Mann des konservativen noch des progressiven Flügels, obwohl ihm seine Neigung zum dialogoffenen Wächteramt eher von den Traditionalisten verübelt wurde.

Den Ausbruch seiner Kirche aus den Konventionen der vorkonziliaren Ära förderte Tenhumberg konsequent im Umgang mit allen im Bundestag vertretenen Parteien. Die "Entspannung und Abklärung unseres Verhältnisses zu allen politischen Parteien" nannte er selbst eine der Hauptaufgaben des Kommissariats der Bischöfe. Das neue innerkirchliche Denken, verbunden mit einem Infragestellen bisheriger Positionen, blieb auch hierzulande dank Tenhumberg nicht hinter verschlossenen Kirchentüren. Er gilt als einer der intensivsten Förderer des Wochenblattes "Publik", das den Rahmen der katholischen Publizistik gründlich sprengte (der Bayern-Kurier nannte "Publik" ein "linksliberales Wochenblatt") und ein Forum des pluralen Katholizismus sein will.

Tenhumberg scheute sich nicht, umstrittene Fragen zwischen Staat und Kirche öffentlich zu erörtern. Im Juni 1967 setzte er sich im offiziellen Organ der SPD für eine "Demokratisierung des Schulwesens" ein und verwarf das traditionelle Mißtrauen zwischen den Meinungsgruppen. Freimütig plädierte er für "einen mutigen Schritt in die pädagogische Zukunft" und für eine Kooperation zwischen Parteien, Kirche und Staat "frei von allen ideologischen Vorurteilen". Er nannte es eine Niederlage der Demokratie, wenn Kirchen, Parteien, Eltern oder Lehrerverbände versuchten, Entscheidungen des Gewissens jemandem aufzuzwingen. Ein belastetes Verhältnis zwischen katholischer Kirche und Sozialdemokratie ist für Tenhumberg eine "innere Vergiftung im demokratischen Reifungsprozeß unserer Gesellschaft".

Es ist kein Geheimnis, daß Tenhumbergs Plädoyer für ein neues Demokratie-Verständnis der Kirche auch die traditionellen Kirchenbriefe zu politischen Wahlen nicht ausklammerte. Der neue Bischof von Münster hinterläßt in Bonn eine Lücke, die sicher nicht leicht ausgefüllt werden kann.